

Quelle:

www.lazarus.at/2019/12/29/schweiz-nationalrat-beschloss-staerkung-der-pflege-wichtige-punkte-noch-offen

Schweiz: Nationalrat beschloss Stärkung der Pflege - wichtige Punkte aber noch offen

☒ Der Nationalrat hat Mitte Dezember einen indirekten Gegenvorschlag zur „Pflegeinitiative“ angenommen, der einige, wenn auch nicht alle Forderungen der Volksinitiative erfüllt. Er beinhaltet insbesondere Massnahmen im Bildungsbereich.

Erfreulich ist für den Pflegeberufsverband SBK ebenfalls, dass der Nationalrat gegen den Willen der Kommissionsmehrheit eine Änderung des KVG annimmt, dank der Pflegefachpersonen bestimmte pflegerische Leistungen direkt mit den Krankenkassen abrechnen können. Zu Gunsten dieses indirekten Gegenvorschlages lehnte der Nationalrat den Forderungskatalog der „Pflegeinitiative“ relativ knapp (82 zu 107) ab. Das Parlament hat den dringenden Handlungsbedarf bei der Pflege ausführlich diskutiert und mit deutlicher Mehrheit anerkannt, damit eine gute pflegerische Versorgung in der Schweiz gewährleistet werden kann.

JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege

JA **zu einer Pflege mit Zukunft**
 Mit uns sind früher oder später auf Pflege angewiesen: Patienten setzen alles daran, Sie und Ihre Angehörigen bestmöglich und intensiv zu pflegen – sei es zu Hause, im Spital, in der Klinik oder im Pflegeheim. Die beste Pflege sicherzustellen, braucht es genügend mehr Pflegefachpersonal. Denn in den nächsten 33 Jahren wird die Zahl der über 65-jährigen Menschen in der Schweiz um über eine Million steigen. Der Anteil an alten, chronisch und mehrfach erkrankten Menschen wird massiv zunehmen.

Ein JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege stellt die Pflegeversorgung langfristig sicher. Bund und Kantone werden in einem neuen Befähigungsentgelt verpflichtet, für eine ausserordentlich, allen angelegte Pflege von hoher Qualität zu sorgen.

JA **zu einer hohen Patientensicherheit**
 Einem Schwerefall als Patient, als Patientin stellt auf dem Spital, in einer anderen Station wegen einwirkend, dass es durch gut ausgebildetes Pflegepersonal weniger Komplikationen gibt im Spital und weniger Menschen sterben. In den letzten fünf Jahren wurden in der Schweiz jährlich 10 000 Pflegefachpersonen zu wenig ausgebildet.

Ein JA zur Volksinitiative für eine starke Pflege ist das beste Beispiel gegen den Fachkräftemangel. Damit sich mehr Personen für den Pflegeberuf entscheiden und länger im Beruf bleiben, braucht es attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Aus- und Weiterbildungsangebote. Dazu gehören auch individuelle und flexible berufliche Aufstiegschancen.

JA **zu mehr Autonomie für Pflegefachpersonen**
 Mit speziellem Geld: Heute muss in der Spital und im Heim für jede pflegerische Handlung, wie zum Beispiel das Anziehen von Kompressionsstrümpfen oder die Unterstützung bei der Körperpflege, eine pro-formale Zustimmung des Arztes eingeholt werden. Das verursacht unnötige

Mehr Geld, mehr Ausbildungsplätze

Der indirekte Gegenvorschlag „Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität“ ([19.401](#)) beinhaltet verschiedene Massnahmen im Ausbildungsbereich für Betriebe sowie Ausbildungsbeiträge an angehende dipl. Pflegefachpersonen HF und FH. Diese Massnahmen werden in den nächsten Jahren vom Bund und den Kantonen gemeinsam mit jeweils max. 469 Mio. Franken kofinanziert. Zudem sollen zusätzliche Mittel für die Steigerung der Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen zur Verfügung gestellt werden.

Erfreulich ist aus Sicht des SBK, dass der Nationalrat entgegen des Mehrheitsvorschlags der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) den Pflegefachpersonen das Recht einräumt, bestimmte pflegerische Leistungen auch ohne ärztliche Anordnung – und möglichst unbürokratisch – bei den Krankenkassen in Rechnung stellen zu können.

Es fehlen im jetzt beschlossenen Gesetzentwurf jedoch Massnahmen, die die Berufsverweildauer erhöhen und die Patientensicherheit auch in Zukunft garantieren sollen. Da rund 46 Prozent der ausgebildeten Fachpersonen den Beruf zum Teil schon in sehr jungen Jahren verlassen, müsste zudem auch in verbesserte Arbeitsbedingungen investiert werden. Abgelehnt wurden zudem konkrete Vorgaben für eine bedarfsgerechte Personalausstattung – diese würde wesentlich zu einer grösseren Sicherheit der Patienten beitragen.



Der indirekte Gegenvorschlag wird als nächstes vom Ständerat beraten. Die Initiator*innen wollen jetzt erreichen, dass die (fehlenden) Massnahmen im Bereich der Arbeitsumgebungsqualität und der Patientensicherheit vom Ständerat in den Gesetzentwurf eingefügt werden.

[>> Die ursprünglichen Forderungen der „Pflegeinitiative“](#)